

St.Gallen, 21. Februar 2024

Medienmitteilung der SVP-Fraktion, Die Mitte-EVP-Fraktion, FDP-Fraktion

Schutzstatus S aufheben – Missbrauch beenden

Die Zahlen, welche in den letzten Tagen ans Licht gekommen sind, erstaunen: Die Roma machen mittlerweile 50 Prozent aller Personen mit Schutzstatus S aus, welche seit November 2023 dem Kanton St.Gallen zugewiesen wurden. Kombiniert mit auffälligen Merkmalen bei den Identitätsdokumenten erhärtet sich der Verdacht, dass der grosszügige Schutzstatus S durch eine ansteigende Zahl an Roma ausgenutzt wird. Für die SVP-, Mitte-EVP- und FDP-Fraktion ist klar: Dieser Missbrauchsverdacht widerspricht dem ursprünglichen Gedanken des Schutzstatus S und schadet insbesondere den Schutzsuchenden aus der Ukraine. Sie fordern deshalb mit einer Standesinitiative die Aufhebung des Schutzstatus S.

Der Schutzstatus S hat zum Ziel, Schutzsuchende aus der Ukraine durch Integrationsmassnahmen, Bildung und Erwerbsarbeit aktiv am sozialen und beruflichen Leben der Schweiz teilnehmen zu lassen. Dies soll ihnen insbesondere auch im Hinblick auf eine künftige Rückkehr in der Heimat zugutekommen. Der Schutzstatus S sieht somit attraktivere Bedingungen gegenüber anderen Schutzsuchenden vor, beispielsweise eine höhere Sozialhilfe, freies Reisen sowie einen schnelleren Familiennachzug.

Aufgrund von Medienberichten der letzten Wochen liegt der Verdacht nahe, dass diese Attraktivität des Schutzstatus S nun von zahlreichen Roma ausgenutzt wird. So meldeten sich St.Galler Gemeinden zu Wort und gaben zu Bedenken, dass viele Roma-Familien mit Schutzstatus S weder Ukrainisch noch Russisch sprechen. Weiter berichtet die NZZ, dass die Identitätspapiere der Roma auffällig oft von derselben Behörde, im selben Zeitraum und in derselben Gegend der Ukraine ausgestellt worden sind, was den Verdacht von gekauften Papieren erhärtet.

In der Antwort der Regierung auf die Einfache Anfrage „Wird das Asylwesen systematisch missbraucht: Schutzstatus S – quo vadis“ hält die Regierung fest, dass für die Prüfung von möglichen Missbräuchen beim Schutzstatus S ausschliesslich das Staatssekretariat für Migration (SEM) zuständig ist. Noch Ende 2023 stritt die damalige Vorsteherin des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, systematische Fälschungen der Identitätspapiere ab. Die Missbrauchsbekämpfung beim Schutzstatus S scheint beim zuständigen Bundesamt also auf eine tiefe Priorität zu stossen, was insbesondere den Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine schaden wird.

Aus diesem Grund haben die SVP-, Mitte-EVP- und FDP-Fraktion in der Frühjahrsession 2024 eine Standesinitiative eingereicht, welche die Bundesversammlung einladen soll, den Schutzstatus S aufzuheben und für die Schutzsuchenden aus der Ukraine ein missbrauchssicheres, vereinfachtes Verfahren auf der Basis der bestehenden Asylgesetzgebung bereitzustellen. Mit dieser Standesinitiative sollen insbesondere die negativen Erfahrungen der politischen Gemeinden, welche diese Missstände vor Ort erleben, nach Bundesbern getragen werden.

Auskünfte erteilen:

- Sascha Schmid, Präsident SVP-Fraktion, Tel: +41 78 714 18 38
- Boris Tschirky, Präsident Die Mitte-EVP-Fraktion, Tel: +41 79 687 13 83
- Christian Lippuner, Präsident FDP-Fraktion, Tel: +41 79 917 42 64